

Rede zum Haushaltspaket 2018

Benedikt Suttner, Vorsitzender der ÖDP-Stadtratsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

„Treue zur Sache“ statt „Koalitionstreue“.

Dies forderte ich vor einem Jahr, an gleicher Stelle, am gleichen Ort. Seitdem ist einiges passiert, auf das zu diesem Zeitpunkt der heutigen Haushaltsdebatte sicher schon mehrere Vorredner eingegangen sind.

Die Quintessenz lautet: der Stadtrat arbeitet seit einem knappen Jahr ohne amtierenden Oberbürgermeister.

„Treue zur Sache“ statt Festhalten am „Wolbergs-Plan“

Dennoch arbeitet die „bunte Koalition“ weiterhin ihren engen Koalitionsvertrag ab, der 2014 voll und ganz auf den Glanz eines neuen Oberbürgermeisters Wolbergs zugeschnitten war. Der Koalitionsvertrag ist ein Ergebnis des Systems Wolbergs. Und damit ist dieser Vertrag sowas von gestern, der Glanz ist ab!

Nein, werte Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen mehr inhaltliche Debatten, mehr Ringen um Ideen, parteiübergreifend, koalitionsübergreifend, an der Sache orientiert, eben aus „Treue zur Sache“.

Enormer Zuzug erfordert einen neuen Regensburg-Plan

Wir brauchten nie und wir brauchen auch heute keinen Wolbergs- statt Schaidinger-Plan. Nein, wir brauchen einen neuen Regensburg-Plan. Begründung gefällig? Bitte sehr:

Der Flächennutzungsplan stammt noch von 1983, er ist inzwischen 34 Jahre alt.

Der Verkehrsentwicklungsplan ist zwar etwas jünger, feiert heuer aber auch seinen zwanzigsten Geburtstag.

Und der Regensburg-Plan 2005. Ja, den haben wir, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und immer wieder wird daraus auch zitiert, nicht selten in derartigen Haushaltsreden wie heute. Doch der 2005-er-Plan war auf 10 bis 15 Jahre ausgerichtet.

Und damit ist klar: Der Plan läuft aus, nicht in einigen Jahrzehnten, nicht in einigen Jahren, nein, jetzt läuft er aus!

Damit stehen wir vor einer bisher einmaligen Situation:

Seit 2005 stieg die Bevölkerungszahl binnen zweier Stadtratsperioden von 130.000 auf 165.000 um ein Viertel an. Doch die Planungsgrundlage für die Infrastruktur der Stadt stammt im wesentlichen aus dem Jahr 2005.

Rolle der Stadt stärken – nicht zuletzt gegenüber Bauträgern

Die Spendenaffäre wirft einen großen Schatten auf den Bereich des Wohnungsbaus. Um Vertrauen in die Stadtpolitik zurück zu gewinnen, muss die Stadt jetzt eine ganz starke Rolle spielen.

Der Stadtrat und die Verwaltung müssen entscheiden, was zum Wohl der Stadt ist. Und dafür brauchen wir Pläne, die im Umgang mit Investoren Handlungssicherheit schaffen. Pläne, die konkrete Ziele und genau terminierte Schritte formulieren. Wir brauchen politische Beschlüsse für konsequente Haltungen im Verwaltungshandeln, im juristischen Beraten, im Ausschöpfen der Möglichkeiten von Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen, Vorkaufsrechten und all den weiteren Werkzeugen, die Kommunen in der Hand halten.

Die Stadt vergibt oder verweigert Baurecht, nicht ein Investor. Das ist einer der stärksten Hebel, den wir haben.

Wenn ein Investor sich aber nicht an die vereinbarten Regeln hält, wenn er die öffentlich geförderten Wohnungen, wie im heiklen Fall der Nibelungenkaserne jüngst geschehen, auf die lange Bank schiebt, während die teuren Eigentumswohnungen schon längst bezogen sind, dann darf ihm die Stadt nicht mit vagen Begründungen in der Öffentlichkeit zur Seite springen.

Ihr müsst liefern, werte grüne und rote Kolleginnen und Kollegen!

Wenn weiterhin das Koalitionsdenken überwiegt,

und davon muss ich inzwischen leider ausgehen,

dann seid ihr, liebe grüne und rote Kolleginnen und Kollegen, jetzt besonders in der Pflicht.

In zwei Jahren sind wieder Stadtratswahlen. Heute seid ihr noch an der Macht, aber wer weiß, wer nach der nächsten Wahl das Ruder wieder in Händen hält. Wo bleiben eure Pläne, werte Kolleginnen und Kollegen von der bunten Koalition? Wo sind eure konkreten Handlungsleitfäden, die weit über 2020 hinaus Wirkung zeigen und das politische und verwaltungstechnische Handeln bestimmen? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr müsst liefern.

Dass ein solcher neuer Plan noch erheblich nachhaltiger als der Regensburg-Plan 2005 ausgerichtet sein muss, liegt auf der Hand. Wie anders soll das von euch nie in Frage gestellte stetige Wachstum mit dem höchst ambitionierten Ziel der klimaneutralen Stadt vereinbar sein?

Die Stadtbahn – mehr als ein Verkehrsmittel!

Deshalb muss im Frühjahr endlich der Grundsatzbeschluss für die Stadtbahn her.

Die Stadtbahn muss aber mehr sein als ein von A nach B fahrender schneller ÖPNV. Die Stadtbahn muss zur Entwicklungsachse der Stadtplanung werden, das muss oberste Priorität haben. Und das muss man im IP genauso abbilden wie im Haushaltsplan. Deshalb müssen hierfür jetzt in guten Haushaltszeiten große Summen gesichert werden und deshalb darf das IP nicht noch mehr aufgebläht werden. Denn die Mitarbeiter in der Verwaltung brauchen hierfür Arbeits-Kapazitäten. Die Stadtbahn hat Priorität! Solange aber das IP von Jahr zu Jahr anschwillt, sich die Projekte stapeln und die Haushaltsreste nicht geringer werden, solange fehlt diese Stadtbahn-Priorität.

Verkehrswende jetzt – eng verzahnt mit der restlichen Stadtplanung!

Eine begrenzte Stadt, die im Jahr 2017 wächst, braucht aufbauend auf dem Stadtbahn-Beschluss einen topaktuellen Verkehrsentwicklungsplan.

Das bedeutet Politik für eine

effiziente, zukunftsfähige, emissionsarme, sozial- gesundheits- und umweltverträgliche Mobilität.

Wenn im Haushalt trotzdem weit höhere Summen für den MIV als für den ÖPNV veranschlagt werden, ist die Verkehrswende noch nicht in den Köpfen der Koalitionäre angekommen.

Und deshalb setzen wir als ÖDP-Fraktion uns weiterhin ein für den ÖPNV als

„Rückgrat des städtischen Verkehrs“, Auto-reduzierende Verkehrsorganisation, Parkraumverknappung- und Bewirtschaftung, individualisiertes Mobilitätsmanagement, konsequente optimale ÖPNV-Anbindung neuer Baugebiete vom ersten Tag an und enge Verzahnung von Stadtplanung und ÖPNV.

Denn „wirklich ernst genommener Umweltschutz führt vielmehr zu der Erkenntnis: Der Ausbau des ÖPNV, Fuß- und Radverkehrs sorgt für eine attraktivere Stadt mit weniger Lärm und weniger Abgasen. Anders sind Klimaziele und die Entlastung der Bevölkerung im Verkehrssektor nicht zu erreichen.“ So lautet das klare Resümee einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zur Verbindung von Stadtplanung und ÖPNV für lebenswerte Städte aus dem Jahr 2016.

ÖDP-Antrag zur Stellplatzverringerung

Weil das bisherige IP über 40 Millionen städtische Euros allein für Parkgaragenbauten, wie z.B. in Haselbach, ausweist, stellten wir einen Antrag mit Alternativen zur bisherigen Stellplatzverordnung. Wir fordern nachhaltige Mobilitätskonzepte statt eine Stellplatzverordnung aus der Nachkriegszeit. Ein immer weiter so geht nicht, werte (grüne) Kolleginnen und Kollegen.

Ein Autostellplatz verhindert viele sichere Fahrradstellplätze, mehrere Zimmer eines preisgünstigen Pop-up-Gebäudes für Studenten, einen schönen zusätzlichen Stadtbaum, mehrere zur Rast einladende Sitzbänke, ein Bodenschachbrett, das zum Verweilen, Nachdenken und zum Gespräch einlädt...

ÖDP-Antrag zu Tempo 30

Mit unserem Antrag auf Ausweitung der Tempo-30-Abschnitte vor Sozial- und Bildungseinrichtungen wiesen wir auf die Vorteile einer Tempo-Drosselung hin:

Alle Verkehrsteilnehmer werden gleichberechtigt.

So bewältigen Radler ihren Weg zur Arbeit schneller als mit dem PKW. In einer Stadt mit der Topografie Regensburgs und einer maximalen Distanz von 5 Kilometern quer durchs Stadtgebiet ist das eine ganz wichtige Information, die endlich zu beherzten politischen Grundsatzbeschlüssen führen muss.

ÖDP-Antrag zu Ausgleichsflächenkataster

Mit unserer Forderung nach einem Ausgleichsflächenkataster wollten wir der rein finanzpolitisch orientierten Haushaltsberatung einen Flächenhaushalt zur Seite stellen. Die krachend verfehlten Ziele beim Flächensparen und das aktuelle und auf große Zustimmung stoßende Volksbegehren zum Ende des Flächenfraßes zeigen, dass das Thema Bodenpolitik ein Entscheidendes ist.

Stadtteilkultur statt immer nur RKK

Die Kritik an den RKK-Planungen werden wir aufrecht erhalten. Statt immer nur RKK, brauchen wir viel Kultur, viele kleine kulturelle Highlights in den Stadtteilen.

Das ist nötig, um die Außenbereiche vor dem Schicksal reiner „Wohnburgen“ zu bewahren. Wir plädieren für Alleinstellungsmerkmale in den Stadtteilen, kulturelle, bau-architektonische, soziale, - eben Alleinstellungsmerkmale die attraktiv sind und die die Altstadt nicht bieten kann.

Doch bis heute gibt es keine Solarsiedlung, keine Holzbausiedlung, keine Autofrei-Siedlung- und keine Nullemissionssiedlung, kein größeres gemeinsames Mehrgeneration-Lebensprojekt, keine ...

Nur Bauen, bauen, bauen ist politisch planlos und zu kurz gedacht.

Dem Wachstumsdogma immer nur hinterherzulaufen ist im Jahr 2017 keine Lösung.

Die Stadtgestaltung gehört mit klaren Stadtbahn-Plänen in den Mittelpunkt. Als Stadträte müssen wir aufpassen, dass unsere Stadt nicht vor lauter Boom ihr Gesicht verliert.

Als ÖDP-Fraktion sagen wir ja zu langfristiger und wirklich nachhaltiger Planung. Dem Haushaltsplan können wir ebenso wie dem IP deshalb nicht zustimmen.